



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 13.03.2013, 17:03 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Erfahrungsbericht Kommunalen Ordnungsdienst

Vorl.Nr. 084/13

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert EBM **Seigfried**, dass der Bewilligungsbescheid für die Erweiterung der evangelischen Kindertageseinrichtung Rudolph-Greiner-Straße in Obweil mittlerweile vorliege.

Nachfolgend in die Tagesordnung einsteigend verweist EBM Seigfried auf die dem Gremium vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 084/13.

Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation die Vorlage und gibt einen Überblick über die Arbeit des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD). Er geht hierbei insbesondere auf Arbeitszeit, durchgeführte Kontrollen und Einsätze und die Wirkung des Kommunalen Ordnungsdienstes in Ludwigsburg ein.

In der nachfolgenden Aussprache weist Stadtrat **Herrmann** darauf hin, dass sich der weit überwiegende Teil der Bevölkerung vernünftig verhalte und man für diesen Teil der Bevölkerung keinen Kommunalen Ordnungsdienst brauche. Wichtig sei ihm auch die praktizierte Zusammenarbeit mit der Polizei und dem Städtischen Vollzugsdienst. Angeregt werde, Kontrollen des ruhenden Verkehrs auf die Wilhelmstraße auszudehnen, die insbesondere an Sonntagen abends sehr stark zugeparkt sei. Er bittet die Verwaltung, dem Kommunalen Ordnungsdienst nur so viele Büroarbeiten aufzuerlegen, wie unbedingt nötig sei. Dieser leiste für die Stadt eine gute und wichtige Arbeit.

Stadtrat **von Stackelberg** gefällt die Zusammenarbeit mit dem Vollzugsdienst und der Polizei. Wichtig ist für ihn der Aspekt der gefühlten und objektiven Sicherheit beziehungsweise Unsicherheit. Die positiven Auswirkungen der Arbeit des Kommunalen Ordnungsdienstes bittet er in einem künftigen Bericht mit Zahlen zu belegen. Man habe den Eindruck, dass der KOD ein positives Bild nach außen erzeuge.

Stadtrat **Kirnbauer** stellt ebenfalls eine positive Wirkung fest und bedankt sich für die Arbeit des KOD. Hauptaufgabe sei, im Außenbereich an öffentlichen Plätzen und Einrichtungen Präsenz zu zeigen und weniger die Jagd nach Parksündern.

In der weiteren Aussprache bringen Stadträtin **Voigt** und Stadtrat **Heer** Dank und Zustimmung zur bisherigen Arbeit des KOD zum Ausdruck.

Herr **Balzer** (FB Sicherheit und Ordnung) geht nachfolgend auf die sich in der Aussprache aufgeworfenen Fragestellungen ein insbesondere in Bezug auf den Alkoholkonsum von

Jugendlichen im öffentlichen Raum. Man habe den Schwerpunkt der Kontrollen auf die Abgabe von Alkohol an Jugendliche konzentriert und werde dies im Sommer wieder so handhaben.

Zwei Mitarbeiter des KOD beantworten im Anschluss weitere Fragen aus der Mitte des Gremiums und berichten dabei über ihren Arbeitsalltag.

Herr **Winkler** berichtet auf Anfrage über die bedarfsgerechte Anpassung der Aufgabenfelder. Ziel sei eine wirtschaftliche Auslastung des KOD und keine Veränderung des Einsatzportfolios.

TOP 2

Ersatzbeschaffung eines Hilfeleistungs-
Löschgruppenfahrzeuges HLF 20

Vorl.Nr. 072/13

Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales beauftragt die Verwaltung mit der Einleitung der Beschaffung eines Hilfeleistungs-Löschgruppenfahrzeuges Typ HLF 20 für die Abteilung Oßweil nach folgenden Detailangeboten in Auftrag zu geben:

Angebot der Fa. AHG , Tamm Für ein Fahrgestell Daimler Benz Atego 1529 Euro 5	69.900,00 €
Angebot der Fa. IVECO-Magirus, Ulm Aufbau Hilfeleistungslöschfahrzeug und Beladung	203.644,05 €
Summe:	273.544,05 €
Mehrwertsteuer 19%	51.973,37 €
Gesamtpreis:	325.517,42 €

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 072/13.

Seitens der Verwaltung wird ein Bild des zu beschaffenden Hilfeleistungs-Löschgruppenfahrzeuges aufgezeigt.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auch findet keine Aussprache statt.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 072/13 im Gremium zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung:

Mit dem Schuljahr 2013/14 gelten folgende Regelungen für die Schulkindbetreuung an Grundschulen:

1. Der Neustrukturierung der Schulkindbetreuung in Kernzeiten-, Nachmittags- und Spätbetreuung an Ludwigsburger Grundschulen wird zugestimmt.
2. Für die Betreuung wird ein Flexibilisierungskonzept eingeführt, mit dem tageweise gebucht werden kann.
3. Die Ferienbetreuung wird erweitert. Bis auf die Weihnachtsferien wird künftig ein Basisangebot an Ferienbetreuung vorgehalten. Dieses Angebot wird bei Bedarf bis zur 6. Klasse ausgeweitet.
4. Elternbeiträge werden nach den in der Anlage 1 dargestellten Regelungen erhoben.
5. Die voraussichtlichen Mehrkosten im Haushaltsjahr 2013 von 56.300,- € sind im Haushalt des Fachbereiches 48 bereits enthalten.
6. Die erforderlichen Mittel für 2014 ff. werden im jeweiligen Haushalt bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** weist einleitend auf die viermonatigen Beratungen und Bemühungen zum Thema Gestaltung der Schulkindbetreuung in Ludwigsburg hin. In diesem Zusammenhang macht er nochmals deutlich, dass im Bereich Bildung und Betreuung erhebliche, auch finanzielle, Aufwände betrieben würden. Bei den Kindertageseinrichtungen habe man einen Zuschussbedarf von 13 Mio. Euro kalkuliert.

Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie, Sport) erläutert im Anschluss die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 092/13.

EBM **Seigfried** verweist auf die vielen eingeholten Stellungnahmen und die zahlreichen Beratungen des Themas.

In der nachfolgenden Aussprache betont Stadträtin **Kopf**, dass die Professionalität der Betreuung sehr wichtig sei. Die neue Vorlage mache aus den unübersichtlich gewachsenen Angeboten ein

übersichtliches Konzept. Die Elternbeiträge orientierten sich an der Sozialstaffelung der Kindertagesstätten, sodass es ein durchgängiges System gebe. Die Entwicklung der Akzeptanz der neuen Angebote müsse beobachtet und ausgewertet werden.

Stadtrat **Dr. Bohn** ist der Meinung, dass sich eine fast unüberschaubare Betreuungslandschaft herausgebildet habe. Er findet es folgerichtig, dass der Ausbau der Ganztagesbetreuung im Schulkindbereich nun komme, nachdem die Kinder aus den Ganztageskindertagesstätten herauswachsen. Ein städtischer finanzieller Beitrag sei vorzuleisten und werde auch geleistet, solange Bund und Land sich nicht auf eine Finanzierung einigten. Er fordert die Stadt auf, die Ludwigsburg Card mehr zu bewerben und schlägt vor, die Möglichkeit der Nutzung der Betreuungsangebote mit einem Flyer bekannt zu machen.

Stadtrat **Kirnbauer** weist darauf hin, dass aus seiner Sicht den Ausgaben auch entsprechende Einnahmen gegenüberstehen müssten. Die entsprechende Variante sei im Schulbeirat beraten worden. Die ergänzte nun vorliegende Vorlage sei sehr übersichtlich. Mit den eingegebenen Werten aus dem Fallbeispiel 2 sei man einverstanden.

Stadtrat **Dr. Vierling** kritisiert, dass man die Vorlage erst zwei Tage zum Prüfen und Diskutieren vorliegen habe. Deshalb halte er eine heutige Beschlussfassung ohne Beteiligung der Betroffenen heute für nicht angebracht. Nur die kostenfreie Ganztagesgrundschule könne in pädagogisch durchdachter Weise Bildung und Betreuung verbinden. Insofern sei die angedachte Schulkindbetreuung nur eine Übergangslösung. Die Situation um die Höhe der Beiträge habe sich entspannt. Was bleibe sei eine Auseinandersetzung um die Befreiung bestimmter Elterngruppen von der Beitragspflicht. Stadtrat Dr. Vierling stellt den Antrag, InhaberInnen der Ludwigsburg-Card von den Elternbeiträgen zu befreien.

Für seine Fraktion weist Stadtrat **Heer** darauf hin, dass insbesondere die Notwendigkeit der Betreuung und die Notwendigkeit der Eigenbeteiligung und der Elternbeiträge in diesem Bereich unstrittig gewesen seien. Nicht ganz einig sei man sich bei der familienorientierten Sozialstaffelung gewesen. Dieses Modell könne mehrheitlich mitgetragen werden. Hier müsse jedoch nachgebessert werden.

Stadträtin **Lange** sind die Kostenbeiträge nach wie vor viel zu hoch. Die Gebührenstruktur sei zudem unübersichtlich.

EBM **Seigfried** weist darauf hin, dass einkommensarme Eltern nicht nur an den Schwerpunktschulen zu finden seien. Man habe sich bisher nur auf einzelne Schulen bezogen und es sei Zeit gewesen, eine Gleichbehandlung herbeizuführen. Dem jetzt vorliegenden Vorschlag habe man sich nach einer langen Beratung genähert.

Stadträtin **Moersch** erklärt, dass die Beiträge immer noch zu hoch seien. Sie selbst stimme der Vorlage nicht zu. Außerdem habe man die Einnahmen aus der höheren Grund- und Gewerbesteuer in diesem Bereich verwenden wollen, was nun nicht der Fall sei.

EBM **Seigfried** stellt klar, dass OBM Spec von strukturellen Steigerungen im Bildungsbereich gesprochen habe und dass man aus diesem Grunde die strukturelle Einnahmeverbesserung vorgenommen habe. Es habe keine Zusage gegeben, jegliche zusätzlich eingenommenen Gewerbesteuermehrereinnahmen unmittelbar zusätzlich im Bildungsbereich zu verwenden.

Frau **Schmetz** beantwortet im Anschluss die in der Beratung aufgeworfenen Fragen insbesondere nach der Befreiung einkommensschwacher Familien.

Nach kurzer weiterer Aussprache lässt EBM **Seigfried** über den Antrag von Stadtrat Dr. Vierling abstimmen, wonach Ziffer 2 und 3 der Anlage 1 zusammenfassend dahingehend verändert werden sollen, dass für Inhaberinnen oder Inhaber der Ludwigsburg Card, anstelle der maximalen Gewährung eines Rabattes von 50 %, eine Befreiung vom Elternbeitrag erfolgt.

Dieser Antrag wird mit 3 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** den Beschlussvorschlag der Vorl.Nr. 092/13 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 4

Antrag auf Trägerwechsel von der evang.
Hochschule zum Studentenwerk Stuttgart -
Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen
2013/2014

Vorl.Nr. 091/13

Beschluss:

Dem von der evangelischen Hochschule beantragten Trägerwechsel ihrer Kindertagesstätte zum Studentenwerk Stuttgart wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner (dienstlich verhindert)

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 091/13.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auch findet keine Aussprache statt.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 091/13 im Gremium zur Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 012/13.

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) führt kurz in den Sachverhalt ein und fasst die Inhalte der heutigen vorgesehenen Beschlussfassung zusammen.

Zunächst stellt Herr **Stierle** (FB Bildung, Familie, Sport) das Konzept Wissenszentrum anhand einer Powerpoint-Präsentation vor. Innovative Ansätze bildeten die Kombination einer interaktiven Ausstellung mit der Bibliothek sowie die Weiterentwicklung zum Lernzentrum. Er zeigt die Raumstruktur anhand einer Skizze auf.

Herr **Geiger** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) stellt im Anschluss anhand einer Powerpoint-Präsentation die Verknüpfung des Energetikoms mit der vorgesehenen Ausstellung in den Räumen des Kulturzentrums dar. Der wichtige Aspekt der Vernetzung werde in Zukunft immer mehr an Bedeutung gewinnen.

Frau **Lauster** (Agentur Volles Programm) macht daraufhin anhand einer Powerpoint-Präsentation Ausführungen zum Thema Ausstellungskonzeption und erläutert insbesondere die Inhalte der Ausstellung.

Herr **Weißer** berichtet nachfolgend anhand einer Powerpoint-Präsentation über die Maßnahmen zur baulichen Umsetzung der Planung und geht erläuternd auf die Flächen, Kosten und Termine ein.

EBM **Seigfried** fasst zusammen, das Konzept enthalte drei Elemente, die Sanierung, die Bibliothekserweiterung sowie eine Energieausstellung als Teil des Energetikoms.

In der nachfolgenden Aussprache sieht Stadtrat **Herrmann** seitens seiner Fraktion noch Beratungsbedarf und plädiert dafür, in der heutigen Sitzung keinen Empfehlungsbeschluss zu fassen. Ansonsten müsse man sich heute der Stimme enthalten.

Stadtrat **Dr. Bohn** hält eine Energieausstellung in einem energetisch nicht sanierten Gebäude für problematisch und nicht vorbildhaft. Er hoffe, dass die EU-Fördergelder nicht mit dem 1. Bauabschnitt verbaut seien und die Maßnahme danach auch weitergehe. Mit Blick auf die Toilettenanlagen im Untergeschoss regt er an, eine Entlüftungsanlage zu berücksichtigen.

Stadtrat **Glasbrenner** führt aus, der Erweiterung der Bibliothek stimme man vom Grundsatz her zu und sehe darin auch die erste Priorität. Das Angebot einer Informationsausstellung in einem vernünftigen Rahmen halte man für sinnvoll. Bis zum Gemeinderat solle noch die Frage in Bezug auf Programm und zeitliche Nutzung der multifunktionalen Räume geklärt werden. Er spricht sich dafür aus, die Thematik nochmals in der Fraktion zu besprechen.

Stadträtin **Klett-Heuchert** teilt mit, ihre Fraktion unterstütze die Maßnahme. Die Ausstellung sei ein erster Schritt und ein geeigneter Rahmen, die Idee des veränderten Energieverhaltens an den Bürger zu bringen. Man sei vom Grundsatz her entscheidungsreif.

Für Stadtrat **Heer** handelt es sich um ein schlüssiges Konzept. Der zweite Bauabschnitt und die Fertigstellung müsse zügig vorangebracht werden. Seiner Meinung nach könne es sinnvoll sein, wenn sich die multifunktionale Nutzung auf das Gesamtgebäude des Kulturzentrums beziehen würde.

Aus der Sicht von Stadträtin **Lange** sollten alle freigewordenen Räume des Museums der Stadtbibliothek zugeschlagen werden. Energetikom und LEA passten nicht zur Stadtbibliothek und sollten daher an einem anderen Ort untergebracht werden. Daher könne sie der Vorlage nicht zustimmen.

EBM **Seigfried** erläutert daraufhin nochmals Ansatz und Zielrichtung der Ausstellung.

Nachfolgend werden die im Rahmen der Aussprache aus der Mitte des Gremiums aufgeworfenen Fragestellungen, insbesondere der Stadträte **Herrmann**, **Dr. Bohn** und **Glasbrenner**, beantwortet.

Herr **Weißer** geht zunächst erläuternd insbesondere auf die Themenbereiche Größenordnung der Flächen für die Bibliothek, Kosten, Finanzierung, Fertigstellung des zweiten Bauabschnitts, Toiletten im Untergeschoss sowie energetische Sanierung der Gebäudefassade ein.

Es folgen Ausführungen von Frau **Lauster** und Herr **Stierle** zur Nutzung der Räumlichkeiten und zeitlichen Verfügbarkeit sowie zur Multifunktionalität der Räume.

Ergänzend macht EBM **Seigfried** Ausführungen zu den Nutzungsmöglichkeiten. Die Exponate funktionierten selbsterklärend und seien für alle nutzbar. Er weist in diesem Zusammenhang auf den Mehrwert für Ludwigsburg hin.

Als Ergebnis der Aussprache erklärt EBM **Seigfried**, seitens des Gremiums sei zum Ausdruck gebracht worden, im heutigen Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales am 13.03.2013 keinen Beschluss zu fassen. Eine Abstimmung über die Vorl.Nr. 012/13 finde nicht statt.

Zur Vorgehensweise soll aufgrund des teilweise noch bestehenden Beratungsbedarfes seitens des Gremiums vor Fassung eines Empfehlungsbeschlusses für den Gemeinderat am 20.03.13 zunächst die Beratung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt am 14.03.2013 erfolgen und die Fraktionen am Montag, 18.03.2013 die Möglichkeit der Beratung innerhalb der Fraktion haben. Ein Empfehlungsbeschluss könne dann im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 19.03.2013 gefasst werden.

TOP 6

Annahme von Spenden, Schenkungen u. ä.
Zuwendungen
- Annahme einer Einzelzuwendung

Vorl.Nr. 079/13

Beschluss:

Die Spende der **Mann + Hummel GmbH**, 71638 Ludwigsburg, in Höhe von **13.000 EUR** wird zugunsten der **Mann + Hummel Stiftung** angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner (dienstlich verhindert)
Stadtrat Herrmann

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 079/13.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auch findet keine Aussprache statt.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 079/13 im Gremium zur Abstimmung.